

# Brief aus Berlin

Markus Koob - Ihr Bundestagsabgeordneter für Hochtaunus/Oberlahn informiert...

März 2020

## Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

Corona ist in Deutschland, mittlerweile auch im Deutschen Bundestag, angekommen. Angesichts der aktuellen Entwicklungen sollten wir alle zusammenstehen. Es geht jetzt in erster Linie darum, die Verbreitung des Coronavirus zu verlangsamen, um unser Gesundheitssystem zu entlasten. Bei einer begrenzten Kapazität unseres sehr guten Gesundheitssystems muss die schnelle Verbreitung, bei der gleichzeitig viele Menschen betroffen wären, zum Schutze der schwer erkrankten Menschen unbedingt verhindert werden. Unser Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat deshalb empfohlen, auf öffentliche Veranstaltungen zu verzichten. Gleichzeitig ist jede und jeder dazu aufgerufen, nicht notwendige soziale Kontakte und Reisen zum Schutz aller, vor allem der Risikogruppen, abzusagen. Das fällt uns sicher nicht in jedem Fall leicht, ist aber dennoch von Wichtigkeit.

Aber nicht nur gesundheitlich, sondern auch wirtschaftlich stellt Corona eine Belastung für Deutschland dar. Zwar ist die deutsche Wirtschaft zehn Jahre hintereinander gewachsen und ist deshalb gut gerüstet. Die Folgen der Corona-Epidemie für Unternehmen und Beschäftigte sind momentan aber nur schwer absehbar. Der Bundestag beweist aber in schwierigen Zeiten auch seine wirtschaftspolitische Handlungsfähigkeit. Um die Planungssicherheit aller Beteiligten zu erhöhen und Arbeitsplätze zu schützen hat der Bundestag das Gesetz zur Verbesserung der Regelungen zum Kurzarbeitergeld ungewöhnlich schnell bereits am Freitag in erster, zweiter und dritter Lesung beraten und verabschiedet.

Zudem gehen alle vom Koalitionsausschuss am Sonntag beratenen steuerlichen Maßnahmen, wie etwa kurzfristig wirksame steuerliche Erleichterungen für Unternehmen, auf Vorarbeiten der CDU/CSU-Fraktion zurück, wie auch die entschei-



denden Vorarbeiten im Bereich beschleunigter Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die Bundesregierung wird diesbezüglich bis Juli 2020 ein Investitionsbeschleunigungsgesetz beschließen. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sind wir uns einig, dass erhöhte Investitionszusagen beispielsweise für den Ausbau von Mobilfunknetzen und Verkehrswegen nur im Verbund mit beschleunigten Planungs- und Genehmigungsverfahren umsetzbar sind. Außerdem verständigten sich die Koalitionspartner auch auf dauerhaft höhere öffentliche Investitionen für den Wohnungsbau und für Digitalisierungs- und Verkehrsprojekte.

Des Weiteren berichte ich Ihnen in diesem Brief aus Berlin über die verlängerten Bundeswehreinätze im Südsudan, Mittelmeer, in Darfur und Afghanistan. Ansonsten war die Sitzungswoche vor allem mit ersten Beratungen in Gesetzgebungsverfahren bestückt, über die ich Sie im Zuge der finalen Beratungen informieren werde.

Ich wünsche Ihnen viel Vergnügen beim Lesen!

Herzliche Grüße

Ihr





# Blick auf die aktuellen politischen Themen

Koalitionsausschuss • Kurzarbeitergeld • UNAMID • UNMISS • Resolute Support • SEA GUARDIAN • Förderung für das Waldschwimmbad Neu-Anspach • Zahlen & Fakten

## Koalitionsausschuss:

### Investitionen und Corona-Hilfen

**G**ut sieben Stunden tagte der Koalitionsausschuss mit den Fraktionschefs und Parteispitzen von CDU/CSU und SPD – und heraus kam eine riesige Investitionsoffensive, die Deutschland fit für die Zukunft machen soll. Neben Corona und Investitionen standen vor allem die Beschleunigung von Bauvorhaben und die Frage, wie die humanitäre Situation in Griechenland an der Grenze zur Türkei verbessert werden kann, im Vordergrund der Beratungen. **Die Maßnahmen im Einzelnen:**

#### **Investitionen: Milliarden schwere Offensive**

Um Deutschland für die Zukunft zu wappnen, sollen die Investitionen des Bundes in den Jahren 2021 bis 2024 um jeweils 3,1 Mrd. Euro weiter verstärkt werden – und diese insgesamt 12,4 Mrd. Euro fließen in zukunftsweisende

#### **Moderne Verkehrswege, bezahlbare Wohnungen**

Verkehr: Investitionen in die Verkehrswege des Bundes werden bis 2014 um etwa 8 Mrd. Euro bis 2024 gesteigert.

Städtebau: Zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums sollen Brachflächen reaktiviert und für den Bau neuer Wohnungen genutzt werden. Zudem wird das Förderprogramm für die Sanierung und Modernisierung von Sportstätten so fortgesetzt, dass es möglichst vielen Hallen und Plätzen zugutekommt.

#### **Quantencomputing und IT-Sicherheit**

Digitalstrategie und Künstliche Intelligenz (KI): Die in der KI-Strategie vereinbarten 3 Mrd. Euro werden mit einer dritten Tranche verstärkt, das Engagement

des Bundes im Quantencomputing um über 200 Mio. Euro zusätzlich ausgeweitet und Mittel für IT-Sicherheit in Höhe von mehr als 400 Mio. Euro bereitgestellt.

Außerdem sollen weitere Investitionen über passgenaue Förderprogramme für die deutsche Raumfahrt, die Wasserstoffstrategie und die Digitalisierung sowie High-Tech-/Robotik-Ausstattung von Krankenhäusern bereitgestellt werden.

#### **Corona: Unterstützung von Unternehmen und Arbeitnehmern**

Deutschlands Wirtschaft muss vor den Folgen der Corona-Krise geschützt werden. Damit Arbeitnehmer und Arbeitgeber Planungssicherheit erhalten und Jobs geschützt werden, wurden Verbesserungen beim Kurzarbeitergeld beschlossen. Das bedeutet: Betriebe sollen das Kurzarbeitergeld schon früher als bisher nutzen können. Weitere Details zum Kurzarbeitergeld finden Sie weiter unten. Zudem sind weitere Finanzhilfen für Unternehmen geplant.

#### **Schneller Bauen**

Die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren ist ein Schwerpunkt der Bundesregierung. Dieser Ansatz wird weiter verstärkt. So sollen das Raumordnungsverfahren und das Planfeststellungsverfahren besser verzahnt und wo möglich zusammengelegt werden.

Noch ein wichtiger Punkt: Eine bessere Öffentlichkeitsbeteiligung spart Zeit. Die Planungspraxis in anderen Ländern hat gezeigt, dass eine frühzeitige, ausführliche und für die Bürgerinnen und Bürger transparente Beteiligung planungsverkürzend wirkt. Außerdem soll die Digitalisierung von Pla-

nungs- und Genehmigungsverfahren deutlich beschleunigt, indem unter anderem das Onlinezugangsgesetz im Bereich von Leistungen und Genehmigungsverfahren in der Umweltverwaltung schneller umgesetzt wird.

### **Humanitäre Hilfe für schutzbedürftige Kinder**

Deutschland ist bereit, im Rahmen einer „Koalition der Willigen“ auf europäischer Ebene einen angemessenen Anteil zu übernehmen: Die Koalition hat sich auf die Aufnahme von besonders schutzbedürftigen 1000 bis 1500 Kindern aus den Flüchtlingslagern in Griechenland geeinigt. Es handelt sich dabei um Kinder, die entweder wegen einer schweren Erkrankung dringend behandlungsbedürftig oder aber unbegleitet und jünger als 14 Jahre alt sind, die meisten davon Mädchen. ■

### **1./2./3. Beratung:**

## **Befristete Verbesserung der Regelungen zum Kurzarbeitergeld**

Aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus in Deutschland und der damit verbundenen wirtschaftlichen Beeinträchtigungen hat der Deutsche Bundestag in erster, zweiter und dritter Lesung das Gesetz zur befristeten krisenbedingten Verbesserung der Regelungen für das Kurzarbeitergeld beraten und beschlossen, nachdem die Einigung in der Koalition erst am Sonntag und die Kabinettsbefassung zum Gesetz am Dienstag stattgefunden hatte.

Die Änderungen beim Kurzarbeitergeld sehen wie folgt aus:

Es wird eine bis Ende 2021 befristete Verordnungsermächtigung eingeführt, mit der die Bundesregierung die Voraussetzungen für den Bezug von Kurzarbeitergeld absenken und die Leistungen wie folgt erweitern kann:

- Absenken des Quorums der im Betrieb Beschäftigten, die vom Arbeitsausfall betroffen sein müssen, auf bis zu 10 %
- Teilweise oder vollständiger Verzicht auf den Aufbau negativer Arbeitszeitsalden
- Ermöglichung des Kurzarbeitergeldbezugs auch für Leiharbeitnehmer
- Vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge durch die Bundesagentur für Arbeit.

Die Verordnung selbst soll zunächst bis Ende 2020 befristet werden.

Ich bin mir sicher, dass es nicht die letzte wirtschaftspolitische Entscheidung gewesen ist, um ein

Übergreifen des gesundheitlichen Risikos durch Corona auf die Wirtschaft größtmöglich einzudämmen. Unser Ziel als CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es, den großen und kleinen Unternehmen durch diese Zeit wirtschaftlicher Turbulenzen zu helfen. Wir stehen gemeinsam, sowohl mit den vom Coronavirus betroffenen Bürgerinnen und Bürgern als auch mit den vom Coronavirus betroffenen Wirtschaftstreibenden. ■

### **Rede & 2./3. Beratung zu UNAMID:**

## **Bundeswehr bleibt in Darfur**

Wir haben in dieser Woche das Mandat der Bundeswehr in Darfur bis zum 31. Dezember 2020 verlängert. Das Mandat zielt darauf, die sudanesisische Regierung in ihrem Streben nach einer dauerhaften Lösung des Darfurkonflikts zu unterstützen. Damit leistet die Bundeswehr einen weiteren Beitrag zur Stabilität in der außen- und sicherheitspolitisch bedeutsamen Sudan-Sahel-Region. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hatte am 31. Oktober 2019 das Mandat von UNAMID einstimmig um ein weiteres Jahr bis zum 31. Oktober 2020 verlängert. Lesen Sie im Folgenden meine Rede zur Verlängerung des Bundeswehrmandats:



*„Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bürgerkriege gehören zweifelsohne zu den übelsten, verheerendsten und verlustreichsten Arten von Kriegen, die wir kennen. Vergewaltigungen, Vertreibungen, Verschleppungen, Massenmorde, wirtschaftliche Einbrüche, Armut, Hunger und Tod - schlicht eine Katastrophe für den betroffenen Staat, für die Wirtschaft, für die Region und vor allem für die Menschen, die es betrifft. Wir alle kennen aus der Vergangenheit viele - in meinen Augen: zu viele - Beispiele solcher Bürgerkriege: Ruanda, Sri Lanka, Liberia, Bosnien, Sierra Leone, Kosovo, Syrien und eben auch Darfur.“*

Das Schwierigste an der Bewältigung von Bürgerkriegen sind dabei nicht in erster Linie die materiellen Schäden, die ergangen sind, wie der Verlust von Hab und Gut oder des eigenen Arbeitsplatzes, sondern es sind die seelischen Wunden, die aktuell bestehen und die in der Regel über viele Jahre bei den Menschen anzutreffen sind. Verluste im eigenen Leben, das erfahrene Leid, die familiäre Situation führen über Jahre hinweg zu Konfrontationen mit den eigenen Mitbürgern. Bei Nachbarn, Freunden und Familie weiß man nicht mehr: Waren sie Teil des Geschehens? Sind sie betroffen? Bürgerkriege ruinieren diese Gesellschaft nachhaltig, weil das Vertrauen einfach nicht mehr vorhanden ist. Es ist deshalb ein mühsamer, schwerer und für viele auch ein riesengroßer Schritt, wieder Vertrauen zu schaffen, um eine Gesellschaft nach einem Bürgerkrieg wieder zu befrieden und zu einen.

In Darfur, worüber wir heute reden, dem Ort des Bürgerkriegs im westlichen Sudan, wurde dieser Schritt vor mittlerweile gut zehn Jahren nach einer langen Übergangsphase gegangen. Seit mittlerweile 13 Jahre befinden sich Truppen der UN-Mission UNAMID in Darfur, um die Region zu sichern und zu stabilisieren. Wenn Sie mich fragen, tun sie das mit Erfolg.

Auch wenn man aus heutiger Sicht sagen kann, dass damals zu lange gezögert wurde, so wird heute mehr als deutlich, dass es richtig war, dort auch militärisch einzugreifen, um Menschenleben zu retten. Zum damaligen Zeitpunkt waren einfach schon zu viele Menschen gestorben. Das zeigt die Tatsache, dass Darfur mit seinen 300 000 Todesopfern auch heute noch für einen der schlimmsten Bürgerkriege der jüngsten Geschichte steht.

UNAMID hat eine Rückkehr zur Sicherheit in Darfur ermöglicht und damit die Basis für die positive Entwicklung geschaffen, die von den Vorrednern hier auch schon betont worden ist. Mittlerweile werden die Lager von UNAMID sukzessive an die sudanesischen Regierung zurückgegeben. Auch die politische Entwicklung im Sudan stimmt mich positiv. Die Absetzung des langjährigen Staatschefs al-Baschir schafft Vertrauen in der vom Bürgerkrieg betroffenen Gesellschaft und ermöglicht einen politischen Neuanfang.

Aber - auch das haben die Vorredner bereits richtigerweise angesprochen - wir sehen, wie fragil das Ganze ist. Das Attentat auf den sudanesischen Ministerpräsidenten Hamdok vor wenigen Tagen hat uns deutlich vor Augen geführt, wie gefährlich die Sicherheitslage nach wie vor ist und wie fragil die politische Lage im Sudan auch heute noch ist.

Deshalb ist es richtig, dass im Anschluss an die Präsenz von UNAMID darüber geredet wird, wie es im

Sudan weitergeht. Ohne eine Folgepräsenz besteht die Gefahr, dass dieses zarte Pflänzchen, das in Darfur zu sehen ist, wieder zertrampelt wird, dass diese positive Entwicklung keine Fortsetzung findet. Es ist unser aller Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dieses Schicksal Darfur erspart bleibt.

Im Moment - darauf ist ebenfalls schon hingewiesen worden - verrichten vier deutsche Soldatinnen und Soldaten ihren Dienst. Die Höchstgrenze ab April auf 20 abzusenken, ist deshalb logisch und folgerichtig. Ich möchte an dieser Stelle, wie viele meiner Vorredner auch, die letzten Worte dafür nutzen, den Soldatinnen und Soldaten, die dort unten ihren Dienst tun, sehr herzlich für ihren Einsatz zu danken, mit dem sie nicht nur in Darfur, sondern der ganzen Region und damit auch Afrika ein Stück Hoffnung in schwierigen Zeiten geben. Wir werden dem Antrag zustimmen.

Vielen Dank.“ ■

### 2./3. Beratung:

## Weitere Beteiligung der Bundeswehr an UNMISS im Südsudan

Wir haben das Bundeswehrmandat auch für den Einsatz im Südsudan in zweiter und dritter Lesung bis zum 31. März 2021 verlängert. Das Mandat ist für die Unterstützung der Durchführung des Friedensabkommens und des Friedensprozesses von Bedeutung. Die erfolgreiche Umsetzung dieses Mandats durch UNMISS bleibt für die Stabilisierung Südsudans und seine leidgeprüfte Zivilbevölkerung unverzichtbar. Der deutsche militärische Beitrag für UNMISS soll weiterhin darin bestehen, sich mit Einzelpersonal in den Führungsstäben der Mission sowie mit Beratungs-, Verbindungs- bzw. Beobachtungsoffizieren zu beteiligen. Darüber hinaus kann deutsches Personal im Bedarfsfall die Ausbildung von VN-Angehörigen im Hauptquartier von UNMISS temporär unterstützen. Die Mandatsobergrenze soll dabei wie bisher bei 50 Angehörigen der Bundeswehr belassen werden. Aktuell sind 13 deutsche Soldaten im Rahmen der Mission im Einsatz. ■

### 2./3. Beratung:

## Fortsetzung von SEA GUARDIAN

Wir haben den Antrag der Bundesregierung zur Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der NATO-geführten Maritimen Sicherheitsoperation SEA GUARDIAN beschlossen. Das Mandat ist damit

bis zum 31. März 2021 verlängert worden, bei unveränderter personeller Obergrenze von 650 Soldaten. SEA GUARDIAN ermöglicht Schiffe, die im Verdacht stehen, eine Verbindung zu terroristischen Organisationen zu haben, zu kontrollieren und zu durchsuchen. Zudem wirkt die Operation durch die Präsenz der Einsatzkräfte als präventiver Ordnungsfaktor. Deutschland beabsichtigt weiterhin eine regelmäßige Beteiligung an SEA GUARDIAN, um so einen wichtigen Beitrag zur Seeraumüberwachung, zum Lagebild austausch, zum maritimen Kampf gegen den Terrorismus und zur Beschränkung des Waffenschmuggels zu leisten. ■

### 2./3. Beratung:

## Fortsetzung deutscher Beteiligung an „Resolute Support“

Mit diesem Mandat haben wir die Fortsetzung deutscher Beteiligung an der NATO-geführten Mission „Resolute Support“ zur Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte beschlossen. Um dem gesamten Aufgabenspektrum und auch der hohen Schutzverantwortung gerecht zu werden und auch die Ausbildungsleistungen in Kundus weiter anbieten zu können, verbleibt die Obergrenze des Mandats bei 1.300 Soldatinnen und Soldaten. Die Mandatsdauer beträgt ein Jahr bis zum 31. März 2021.

Ungeachtet erheblicher Anstrengungen sind die afghanischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte noch nicht selbsttragend in der Lage, flächendeckend für Sicherheit zu sorgen. Trotz Fortschritten zeigen verbleibende Schwächen in der Operationsführung und erhebliche personelle Verluste, dass die afghanischen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte weiter Beratungsleistung benötigen. Gerade mit Blick auf die Konsolidierung der politischen Stabilität ist die Fortsetzung des internationalen Engagements wichtig. Die Truppenpräsenz dient auch dazu, ein Umfeld zu schaffen, in dem der innerafghanische Friedensprozess Fortschritte machen kann, der langfristig die Voraussetzungen für ein friedliches und stabiles Afghanistan schafft, aus dem sich die internationalen Truppen sukzessive zurück ziehen können. ■

### Impressum und Kontakt

Markus Koob MdB  
Platz der Republik 1 • 11011 Berlin  
Tel 030/227-75549 • Fax 030/227-76549  
[markus.koob@bundestag.de](mailto:markus.koob@bundestag.de)  
[www.markus-koob.de](http://www.markus-koob.de)

### Haushaltsausschuss:

## 500.000 Euro Förderung für Waldschwimmbad Neu-Anspach

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat in dieser Woche beschlossen, die Sanierung des Waldschwimmbades Neu-Anspach mit 500.000 Euro durch das seit 2015 bestehende Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat zu fördern.

Es freut mich sehr, dass die Sanierung des Waldschwimmbades in Neu-Anspach nun mit Bundesmitteln in Höhe von 500.000 Euro im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages Berücksichtigung gefunden hat. Angesichts 1.300 unberücksichtigt gebliebener Anträge war die Konkurrenz um die 200 Mio. Euro Fördermittel erheblich. Trotz der aktuellen Förderrunde 2019 war das Bundesprogramm mit einem Antragsvolumen von rund 2,5 Mrd. Euro stark überzeichnet. Umso schöner, dass sich der gemeinsame Einsatz trotz der starken Konkurrenz gelohnt hat und das örtliche Schwimmbad mit Tradition bald in neuem Glanz erstrahlen kann. Ich bin und bleibe ein Freund dieses wahrlich schönen Waldschwimmbades.

Wir sehen, dass der Sanierungsbedarf kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur trotz vieler hundert Millionen Euro an bereits investierten Mitteln nach wie vor erheblich ist. Darüber, wie man auch im Bund dazu beitragen kann, den kommunalen Sanierungsbedarf mittelfristig zu beheben, werde ich mit meinen Kolleginnen und Kollegen in den nächsten Sitzungswochen in Berlin sprechen. ■

### Zahlen & Fakten:

## Alkoholmissbrauch unter Kindern und Jugendlichen sinkt

Zu Beginn der Fastenzeit hat das Statistische Bundesamt festgestellt, dass in Deutschland im Jahr 2017 rund 14.900 Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 17 Jahren wegen akuten Alkoholmissbrauchs stationär in einem Krankenhaus behandelt wurden. Das waren zwar 1,6 Prozent weniger als 2016, allerdings hat sich die Zahl seit der Jahrtausendwende mehr als verdoppelt: Im Jahr 2000 lag die Zahl der wegen Alkoholmissbrauchs stationär behandelten Kinder und Jugendliche bei 7.000. (Quelle: Destatis) ■